

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

21. Juli 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 15.07.14 wurden bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe einer Moschee und eines Markts im Bezirk Urgan der ostafghanischen Provinz Paktika mindestens 89 Menschen getötet. Ebenfalls am 15.07.14 starben in Kabul zwei Regierungsmitarbeiter, als ein ferngezündeter Sprengsatz unter ihrem Bus explodierte. Die Taliban bekannten sich zu dem Anschlag. Am 17.07.14 griffen Taliban den Flughafen Kabul an. Die Angreifer besetzten den Rohbau eines Hochhauses und nahmen den Flughafen unter Beschuss. Nach fünfständigem Gefecht wurden die Angreifer von afghanischen Sicherheitskräften getötet.

Opferzahlen im ersten Halbjahr 2014 gestiegen

Nach Angaben der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) gab es 4.853 zivile Opfer im ersten Halbjahr 2014 (1.564 Tote und 3.289 Verletzte). Gegenüber dem ersten Halbjahr 2013 stieg die Zahl der zivilen Opfer um 24 %. Erstmals seit 2009 wurden mehr zivile Opfer bei Bodenkämpfen und im Kreuzfeuer als durch improvisierte Sprengsätze (IEDs) getötet oder verletzt. Für nahezu drei Viertel der zivilen Opfer waren die Regierungsgegner verantwortlich. Die meisten Opfer gab es im Süden, Osten und Südosten, den paschtunischen Siedlungsgebieten an der Grenze zu Pakistan.

Pakistan

Militär offensive in Nordwaziristan dauert an

Bei der seit einem Monat im Stammesgebiet Nordwaziristan andauernden Militär offensive sind nach Militärangaben bisher fast 500 Extremisten und 28 Soldaten ums Leben gekommen. Zuletzt wurden in der vergangenen Woche bei einem US-Drohnenangriff 15 militante Islamisten getötet sowie weitere 50 bei Bombardements der pakistanischen Luftwaffe. Über 900.000 Menschen sind aus dem Gebiet geflüchtet.

Anschläge

In der nordwestpakistanischen Stadt Peshawar starben am 18.07.14 bei einem Anschlag auf eine Gruppe von Polizisten in einem Restaurant drei Polizisten und ein Kellner. Zwei Polizisten wurden verletzt. Zuvor wurde ein Polizist bei einem Bombenanschlag auf sein Fahrzeug getötet.

Irak

Entwicklung der Lage

Am 15.07.14 startete die irakische Regierung eine neue Offensive, um die von der IS kontrollierte Stadt Tikrit zurückzuerobern. Zunächst wurde die Einnahme mehrerer Regierungsgebäude vermeldet, kurz danach jedoch von einem Rückzug der irakischen Truppen gesprochen, nachdem die Armee auf heftigen Widerstand gestoßen sei. Ebenfalls am 15.07.14 sollen bei einem Anschlag in einem überwiegend von Schiiten bewohnten Stadtteil Bagdads (Sadr City) mindestens zwölf Menschen ums Leben gekommen und mindestens 45 verletzt worden sein. Zuvor explodierten bei einem Anschlag auf eine Militärkolonne an einer Schnellstraße zwischen Bagdad und Tikrit zwei Autobomben, mindestens fünf Menschen starben, 23 wurden verletzt. Am

17.07.14 starben bei zwei Anschlägen in Bagdad mindestens zehn Menschen. Dutzende wurden verletzt. Berichten vom 17.07.14 zufolge sollen Regierungstruppen einen Angriff der Rebellen auf die schiitische Stadt Amirli zurückgeschlagen haben. Bei einer der schwersten Anschlagserien 2014 in Bagdad kamen am 19.07.14 mindestens 24 Menschen ums Leben (mehr als 70 wurden verletzt), als an mindestens fünf Orten in der Stadt Autobomben explodierten. Insbesondere betroffen war der von Schiiten bewohnte Stadtteil al-Kasimiya.

Nach Angaben der UN kamen im ersten Halbjahr 2014 mehr als 5.500 Zivilisten ums Leben.

Regierungsbildung

Am 15.07.14 wurde der Sunnite Salim al-Dschaburi zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Mit der Wahl konnte die politische Blockade im Irak zumindest teilweise gelöst werden. Nach der Verfassung hat das Parlament nun 30 Tage Zeit, einen neuen Staatspräsidenten zu wählen. Ministerpräsident al-Maliki lehnt trotz des wachsenden nationalen und internationalen Drucks einen Verzicht auf eine dritte Amtszeit ab. Nach einer längeren Behandlung in Deutschland infolge eines Schlaganfalls kehrte der irakische Präsident Talabani am 19.07.14 in den Irak zurück.

Syrien

IS kontrolliert mehr als ein Drittel des Landes

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte kontrolliert die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS), ehemals ISIS bzw. ISIL, jetzt mehr als 35 % der Fläche Syriens. Nachdem sie Anfang letzter Woche die Stadt Deir ez-Zor und einige Städte in der Umgebung von anderen Regimegegnern übernommen hat, beherrscht sie große Teile der gleichnamigen Provinz. IS-Kämpfer nahmen am 17.07.14 nach heftigen Gefechten auch das Gasfeld Schaar östlich der Stadt Homs ein, wobei 115 Regimeanhänger und 21 IS-Kämpfer starben. Das von IS kontrollierte Gebiet erstreckt sich über weite Teile im Norden und Osten Syriens.

Zwei Frauen gesteinigt

In der Ortschaft Tabaka (Tabka) in der Provinz ar-Raqqa soll nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte ein religiöses Gericht eine etwa 26 Jahre alte Witwe zur Steinigung wegen Ehebruchs verurteilt haben. Das Urteil sei am 17.07.14 auf einem öffentlichen Platz vollzogen worden. Die Bewohner sollen „entsetzt“ gewesen sein, jedoch nichts unternommen haben. Am 18.07.14 wurde eine weitere Frau unter dem Vorwurf des Ehebruchs von Kämpfern der IS in der Stadt Raqqa zu Tode gesteinigt, nachdem die Einwohner sich geweigert hatten, die Steinigung zu vollziehen.

Akuter Wassermangel in Aleppo

Aktivisten zufolge droht der Stadt Aleppo eine humanitäre Katastrophe. Seit Anfang Mai 2014 gibt es aufgrund der andauernden Kämpfe in großen Teilen Aleppos kein fließendes Wasser mehr. Rebellen der al-Nusra-Front sollen die Wasserversorgung in den Gebieten blockieren, in denen Regierungstruppen stationiert sind. Regimegegner beschuldigen die syrische Regierung, eine beschädigte Hauptversorgungsleitung absichtlich nicht reparieren zu lassen.

Palästinensische Autonomiegebiete

Situation im Gazastreifen

Mit der Ausweitung der israelischen Bodenoffensive im Gazastreifen wird die Lage der palästinensischen Bevölkerung immer schwieriger. Nach Angaben örtlicher Rettungskräfte kamen seit Beginn der israelischen Militäroffensive am 08.07.14 mehr als 500 Menschen im Gazastreifen ums Leben, allein am 20.07.14 mehr als 60 Personen (andere Quellen sprechen von mindestens 97 Toten). 3.150 Personen seien verletzt worden, darunter viele Frauen und Kinder. Nach Angaben des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte sollen 130.000 Bewohner aus ihren Häusern geflohen sein. Die israelische Armee teilte mit, dass auf Seiten Israels bisher 18 Soldaten und zwei Zivilisten bei den Kämpfen getötet worden seien. Israel will die militärische

Infrastruktur der Hamas zerschlagen, insbesondere Tunnel, durch die Hamas Israel unterirdisch erreichen will.

Türkei

Proteste gegen Israel

Als Reaktion auf die Bodenoffensive Israels im Gazastreifen kam es in der Türkei in der Nacht zum 18.07.14 zu gewalttätigen Demonstrationen vor den israelischen Vertretungen in Ankara und Istanbul. In Istanbul wurde das israelische Generalkonsulat angegriffen, Demonstranten warfen mit Steinen Fenster ein und versuchten auf das Gelände des Konsulats vorzudringen. Daraufhin zog Israel Botschaftspersonal ab und das israelische Außenministerium erklärte, die Vertretungen in der Türkei würden nur noch mit dem absolut notwendigen Personal besetzt. Die türkische Polizei habe die Botschaft in Ankara und das Konsulat in Istanbul nicht ausreichend geschützt. Nach Berichten der türkischen Nachrichtenagentur Dogan habe Ministerpräsident Erdogan zuvor Israels Vorgehen gegen die Palästinenser als Völkermord bezeichnet.

Iran

Atomverhandlungen

Die Verhandlungen über die Zukunft des umstrittenen iranischen Atomprogramms werden bis Ende November 2014 verlängert. „Zwar haben wir spürbaren Fortschritt in manchen der Themen erreicht und zusammen an einem umfassenden gemeinsamen Aktionsplan gearbeitet, aber es gibt immer noch bedeutende Unterschiede in manchen zentralen Punkten, die mehr Zeit und Aufwand erfordern“, erklärten die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und der iranische Außenminister Javad Zarif am Wochenende in Wien. Gemeinsam mit der internationalen Sechsergruppe (Vereinigte Staaten, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Deutschland) habe man daher beschlossen, die Maßnahmen des Übergangsabkommens vom November vergangenen Jahres bis zum 24.11.14 auszudehnen.

Tunesien

Schließung radikaler Moscheen

Nach zwei tödlichen Angriffen auf tunesische Grenzsoldaten verschärfte die Regierung ihr Vorgehen gegen die extremistischen Netzwerke. Am 20.07.14 ordnete sie die Schließung von Moscheen mit radikalislamischer Ausrichtung an. Dies betrifft alle Gebetshäuser, die nicht unter Kontrolle des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten stehen und in denen die Tötung der 15 Soldaten gefeiert wurden. Ihnen wird die Verbreitung islamistischen Fundamentalismus‘ vorgeworfen. Zudem ist geplant, alle nicht lizenzierten Fernseh- und Radiosender, die zum Dschihad aufrufen und bestimmte Personen als Ungläubige darstellen, zu schließen. In mehreren Regionen gab es am 19.07.14 umfangreiche Razzien gegen mutmaßliche Extremisten, bei denen 60 Personen festgenommen wurden.

Ägypten

Angriff auf Kontrollposten

Bei einem Angriff auf einen Kontrollposten der Armee im Westen des Landes nahe der Oase Farafra töteten am 20.07.14 anscheinend aus Libyen kommende schwer bewaffnete Extremisten 21 Soldaten (nach anderen Angaben 31 Soldaten). Auch drei der Angreifer kamen ums Leben. Der ägyptischen Armee zufolge befinden sich im Osten Libyens drei Trainingslager, in denen 2.000 bis 4.000 Extremisten ausgebildet werden. Es soll sich überwiegend um Ägypter, Libyer, Syrer und Palästinenser handeln, die sich „Freie Ägyptische Armee“ nennen.

Nigeria

Über 2.000 von Boko Haram getötete Zivilisten im 1. Halbjahr 2014

Laut den Angaben in einem am 15.07.14 veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW) wurden von der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram im ersten Halbjahr 2014 in Nigeria mindestens 2.053 Zivilisten bei geschätzt 95 Anschlägen getötet. Am schwersten betroffen war der nordöstliche Bundesstaat Borno, wo 1.446 Menschen (Adamawa: 151; Yobe: 143) getötet wurden. Viele Opfer kamen durch Bombenanschläge um. Die Zahlen von HRW basieren auf einer detaillierten Auswertung von Medienberichten und Untersuchungen vor Ort. Nach Einschätzung der Organisation sind die Taten der Boko Haram als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Rom-Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu qualifizieren.

Angriffe der Boko Haram

Bei zwei Angriffen von Kämpfern der Boko Haram auf die Stadt Damboa (Verwaltungssitz der gleichnamigen Local Government Area – LGA – im nordöstlichen Bundesstaat Borno) zwischen dem 17. und 19.07.14 sollen je nach Erkenntnisquelle über 40 bzw. über 100 Einwohner getötet und ein Großteil der Stadt niedergebrannt worden sein. Die Gruppe hisste zum Zeichen ihres Sieges ihre Flagge in der Stadt. Verteidigt wurde Damboa nur von einer lokalen Miliz. Bereits vor rund zwei Wochen waren Militär und Polizei nach Kämpfen mit der Boko Haram aus Damboa vertrieben worden. Ein Versuch des Militärs, in die Stadt zurückzukehren, scheiterte.

Am 14.07.14 gegen sechs Uhr, nach anderen Angaben bereits in der Nacht des 13.07.14 sind im nordöstlichen Bundesstaat Borno mutmaßliche Boko-Haram-Kämpfer mit Geländefahrzeugen und auf Motorrädern in das Dorf Dille, Askira-Uba LGA, eingedrungen. Sie töteten je nach Erkenntnisquelle zwischen fünf und über 40 Zivilisten. Ein Großteil des Dorfes wurde zerstört, darunter drei Kirchen. Zwei Kampfflugzeuge sollen bei dem Vorfall laut Militärangaben etliche der Angreifer getötet haben, während nach anderen Angaben vor den Flugzeugen fliehende Dorfbewohner, die offenbar für Angreifer gehalten wurden, beschossen und teils getötet wurden.

2014 bisher über 500 Tote bei Konflikten zwischen Bauern und Viehhirten

Laut Angaben der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) vom 16.07.14 eskaliert in Zentralnigeria die Gewalt im Konflikt zwischen sesshaften, vielfach christlichen Bauern (z.B. Tiv) und muslimischen nomadisierenden Viehhirten der Ethnie Fulani. Seit Jahresbeginn wurden mindestens 522 Menschen getötet. Zuletzt griffen am Morgen des 14.07.14 mutmaßlich Fulani-Hirten im Bundesstaat Zamfara Dorfbewohner im Distrikt Gidandawa der Maradun Local Government Area (LGA) an und erschossen über 50 Menschen. In den frühen Morgenstunden desselben Tages waren im Bundesstaat Plateau in den Dörfern Zama Dede und Ganlang im Distrikt Pilgani der Langtang North LGA zehn Dorfbewohner wohl von Fulani-Hirten getötet worden. Zwischen dem 25. und 29.06.14 gab es im Bundesstaat Kaduna in 20 von mutmaßlichen Fulani-Hirten angegriffenen Dörfern über 200 Todesopfer. Hintergrund des Streits um Land- und Weiderechte ist, dass etwa 35 Prozent des Weidelandes in Nordnigeria in den letzten 50 Jahren zu Wüsten wurden und die Hirten gezwungen sind, neues Weideland in südlicheren Gebieten zu suchen.

Kenia

Anschlag auf Reisebus und Polizeifahrzeug

Am Abend des 18.07.14 überfielen Bewaffnete einen Reisebus in der Nähe des Küstenortes Witu (etwa 50 km westlich der Touristeninsel Lamu). Sie blockierten die Straße mit einem Fahrzeug und griffen den Bus mit Schnellfeuergewehren an. Als ein Polizeifahrzeug erschien, wurde auch dieses attackiert. Die Angreifer töteten vier Polizisten sowie drei Businsassen, darunter den Fahrer. Die Terrororganisation al-Shabaab bekannte sich am 19.07.14 zu dem Anschlag. Er sei eine Antwort auf die Behauptung offizieller Stellen, dass mehr Militär an die Küste verlegt und hierdurch die Sicherheitslage verbessert worden sei.

Äthiopien

Terrorismus-Anklagen

Am 17.07.14 wurde gegen sechs Mitarbeiter des Blogs Zone9 sowie gegen drei unabhängige Journalisten Anklage wegen terroristischer Aktivitäten erhoben. Sie waren Ende April 2014 festgenommen worden. Ein weiterer Mitarbeiter von Zone9 wurde in Abwesenheit angeklagt.

Uganda

Situation von Straßenkindern

Laut einem Bericht von Human Rights Watch vom 17.07.14 sind Straßenkinder Ziel von Gewalt einschließlich körperlichen, auch sexuellen Missbrauchs. Polizisten und lokale Regierungsbeamte sowie Mitglieder der örtlichen Gemeinschaft, aber auch ältere obdachlose Kinder oder Erwachsene begingen ungestraft Menschenrechtsverletzungen an Straßenkindern.

Mali

Friedensgespräche zwischen malischer Regierung und den Rebellengruppen

Am 16.07.14 haben in Algier (Algerien) Friedensverhandlungen zwischen der malischen Regierung und sechs Rebellengruppen begonnen. Drei der Gruppen weigerten sich, mit den anderen Gruppen zusammen zu verhandeln, sodass die malische Regierung getrennt verhandeln muss. Informationen zu den Verhandlungen sind bisher nicht bekannt geworden. Vor dem Beginn der Verhandlungen gab es einen Gefangenenaustausch als Zeichen des guten Willens. Es wurden 45 malische Soldaten und 41 Tuareg-Rebellen freigelassen.

Selbstmordanschlag

Am 15.07.14 wurde ein französischer Unteroffizier bei einem Selbstmordanschlag getötet. Zu dem Anschlag hat sich die von dem Islamisten Mokhtar Belmokhta gegründete Extremistengruppe bekannt.

Algerien

Anschlag auf Sicherheitskräfte

Nach Angaben des algerischen Verteidigungsministeriums wurden am 12.07.14 sieben Soldaten in der Provinz Sidi Bel-Abbes im Nordwesten Algeriens durch eine Bombe getötet. Der Anschlag ist der schwerste seit dem Tod von elf Soldaten in der Region Kabylei im April des Jahres, zu dem sich die AQMI (al-Qaida im islamischen Maghreb) bekannt hatte.

Südsudan

Bruch der Waffenruhe

Rebellen um den ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar griffen am 20.07.14 die Kleinstadt Nasir im Bundesstaat Upper Nile an. Die südsudanesische Armee hatte Nasir, die Hochburg der Rebellen, im Mai 2014 zurückerobert. Während UNMISS (United Nations Mission in South Sudan) und südsudanesische Regierung den Angriff als eklatanten Bruch der im Januar vereinbarten und im Mai 2014 bestätigten Waffenruhe und als Torpedierung der Friedensbemühungen betrachten, bezeichnen die Rebellen ihr Vorgehen als Akt der Selbstverteidigung. Mit dem Angriff wollten sie Versuche vereiteln, ihren militärischen Kommandeur zu verhaften. Der Ausgang der Kämpfe ist noch unklar.

Ukraine

Passagierflugzeug der Malaysia-Airlines über der Ostukraine abgestürzt

Bei dem wahrscheinlichen Abschuss eines Passagierflugzeuges in der Nähe von Donezk am 17.07.14 kamen alle 283 Passagiere und 15 Besatzungsmitglieder ums Leben – unter ihnen 193 Niederländer und vier Deutsche. Bislang sollen dem staatlichen ukrainischen Rettungsdienst zufolge 196 Leichen geborgen sein. Die Suche nach den übrigen Opfern gestalte sich sehr schwierig, da die Wrackteile über viele Quadratkilometer verstreut seien.

An der Absturzstelle herrschen chaotische Zustände. Schwerebewaffnete und teils maskierte Separatisten sollen die Untersuchung durch eine OSZE-Mission behindern. Die prorussischen Rebellen stehen im Verdacht, das Flugzeug in 10.000 Meter Höhe mit einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen zu haben. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Samantha Power, schloss nicht aus, dass russisches Personal beim Betrieb dieser Systeme geholfen hat. Die russische Führung wies jegliche Verantwortung von sich und kritisierte Berichte über einen Abschuss der Maschine als voreilig. Damit sollten offenbar Ermittler beeinflusst werden, teilte das Außenministerium in Moskau mit.

China

Mönch protestiert mit Selbstmord gegen Restriktionen

Wie Radio Free Asia am 17.07.14 berichtete, erhängte sich ein Mönch in der Provinz Gansu aus Protest gegen Einschränkungen, mit denen die Behörden das Klosterleben kontrollierten. Der Vorfall habe sich im Kreis Xiahe in der Tibetischen Autonomen Präfektur Gannan bereits am 09.07.14 ereignet. Seit 2009 wurden 131 Fälle von Selbstverbrennungen von Tibetern bekannt, die als Protest gegen die chinesische Vorherrschaft ausgelegt werden.